

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.10.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18.25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP Vertreter für Herrn Manfred Schuster
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Nico Teschner	Bereichsleiter Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Herr Jörg Baus	Amtsleiter Sozialamt
Frau Dr. Christine Gröger	Amtsleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV

Entschuldigt fehlen:

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste zur heutigen Sitzung.

Anschließend stellte sie **Herrn Jörg Baus als neuen Amtsleiter des Sozialamtes** vor und erteilte ihm das Wort. **Herr Baus, Amtsleiter Sozialamt**, informierte die Ausschussmitglieder über seinen beruflichen Werdegang in der Stadtverwaltung. Als Jurist bietet das Sozialrecht ein breites Betätigungsfeld. Von außen kommend sei manches sicher schwierig für ihn, daher bat er um eine gute Zusammenarbeit.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, wünschte ihrerseits und im Namen aller Ausschussmitglieder eine konstruktive Zeit.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, machte den Vorschlag, TOP 7 und 8 vorzuziehen. Hiermit erklärten sich alle Mitglieder einverstanden. **Frau Ute Haupt, Vorsitzender des Ausschusses**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.9.2012
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
5. Bericht Bildung und Teilhabe
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2009
Vorlage: V/2012/10924

9.2. Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010
Vorlage: V/2012/10925

10. Beantwortung von mündlichen Anfragen

11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.9.2012

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, machte auf einen Fehler unter TOP 7 – Vorstellung des Wohnprojektes „AMPEL“ – auf Seite 6 aufmerksam. Hier muss zweimal „Herr Baumgarth“ in „Frau Baumgarth“ geändert werden.

Herr Weise, Vertreter der LIGA, bat um Ergänzung in TOP 10 – Beantwortung mündlicher Anfragen – auf Seite 10, letzten Absatz zur Anfrage von Frau Krausbeck um Folgendes:

„Herr Kogge sagte, dass die Verwaltung die Vereine, die eine Förderung aus dem Bereich freiwilliger Leistungen beantragt hatten, über die Möglichkeit informiert, unter der Bedingung der Haushaltssperre, Fördermittel abzufordern.“

Mit dieser Änderung und Ergänzung wurde die Niederschrift vom 13.9.2012 bestätigt.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem TOP **Frau Grummisch, Bereichsleiterin des Jobcenters** und **Herrn Teschner, Bereichsleiter des Jobcenters** und erteilte ihnen das Wort.

Herr Teschner, Bereichsleiter Jobcenter, informierte über die aktuelle Statistik, welche ausgeteilt wurde und erläuterte diese.

Ergänzend sprach Frau **Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter**, über die aktuelle Entwicklung Bildung und Teilhabe im Rechtskreis SGB II. Per 30.9.2012 sind 8.414 Anträge zu verzeichnen. Die Unterlagen zur Statistik Bildung und Teilhabe wurden den Mitgliedern des Ausschusses übergeben.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter, informierte anschließend über ein besonderes Vorkommnis im Jobcenter. Am 5.10.2012 ging um 10.40 Uhr bei der Polizei zu einem geplanten Amoklauf ein anonymer Anruf ein. Sofort wurden Ein- und Ausgänge gesichert, Besuchern wurde der Zugang verweigert. Der Anrufer konnte von der Polizei ausfindig gemacht werden, er wurde verhaftet. Es gab in letzter Zeit in einigen Jobcentern im gesamten Bundesgebiet verschiedene Übergriffe. Es ist eine neue Situation der Gewaltandrohung zu verzeichnen. Aufgrund dieser Tatsachen wurden die Sicherheitsvorkehrungen auch im Jobcenter Halle verschärft. Der Sicherheitsdienst während und auch nach den Sprechzeiten wurde verstärkt, es gibt eine Geschäftsanweisung zu Sicherheitsmaßnahmen und einen Notruf in Tastenkombination auf den PC. Es gibt einen Kontaktbeamten bei der Polizei. Das Vorkommnis wurde mit den Mitarbeitern ausgewertet und nach Möglichkeiten gesucht, die Sicherheit zu erhöhen. Die Mitarbeiter werden um Umgang mit gewaltbereiten Kunden geschult, jedoch sollte die Betreuung der Kunden weiterhin hautnah erfolgen.

zu 5 Bericht Bildung und Teilhabe

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, das Wort.

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, nannte Daten und Entwicklungen im Bereich Bildung und Teilhabe (BuT). Sie korrigierte die letzte Statistik vom August, in der eine erhöhte Einnahme mitgeteilt wurde, dies muss revidiert werden. Es sind im August 140.589 Euro Einnahmen im Bereich Wohngeld und nicht 328.040 zu verzeichnen. Sie erläuterte die heute vorgelegte aktuelle Statistik und stellte anschließend heraus, dass die direkte Ansprache der Eltern wichtig sei. Durch die Schulsozialarbeiter werden Informationsveranstaltungen für Eltern und für Mitarbeiter von Einrichtungen, z. B. Erzieherinnen an Schulen und in Einrichtungen organisiert. Im Januar 2013 wird ein Bericht zur Umsetzung der Beschlussvorlage zur Schulsozialarbeit vorgelegt werden. **Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II,** informierte ebenfalls über die Arbeit der Arbeitsgruppe. Die Lernförderung wird für maximal sechs Monate bestätigt, der Umgang mit den Bestätigungsformularen ist noch nicht ganz mit dem Landesministerium geklärt. Die Fachanwendung der BA A2LL wurde ergänzt um ein Modul Bildung und Teilhabe, dies erhöht jedoch den Arbeitsaufwand der Mitarbeiter. Zur Einführung Allegro muss noch informiert werden über Bund und BA. Mit den Anbietern der Lernförderung gibt es eine gute Zusammenarbeit mit Sozialamt und Jobcenter. Auch im nächsten Jahr wird der Erfahrungsaustausch mit den Anbietern fortgeführt werden. Im Oktober 2012 findet der nächste „Runde Tisch“ BuT unter Leitung von Frau von der Leyen statt, über Ergebnisse wird im Ausschuss informiert.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses dankt **Frau Simon** und lässt Fragen zu.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sagte, dass in der Lernförderung noch nicht viel beantragt wurde, ist eine Verbesserung in der Antragslage zu verzeichnen?

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, informiert, dass es seit Februar einen Austausch mit Magdeburg gibt und Vorschläge gegenüber dem Ministerium zur Änderung der Voraussetzungen im Einzelfall unterbreitet wurden, seitens des Ministeriums gibt es noch keine Äußerungen bzw. keinen Vorschlag. Die Antragslage hat sich nicht verändert.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach dem Unterschied zwischen Ablehnung und Versagung.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter, erläuterte, dass eine Ablehnung erfolgt, wenn nach Prüfung des Sachverhaltes kein Leistungsanspruch besteht. Eine Versagung wird erteilt, wenn dem Antragsteller signalisiert wird, dass Unterlagen noch nicht vollständig sind und noch nachgereicht werden müssen. Ein Verzicht ist dann gegeben, wenn der Antragsteller den Antrag zurücknimmt, wenn ihm erläutert wird, dass kein Leistungsanspruch besteht.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte nach den Zahlen auf Seite 2, wie lassen sich die Schwankungen in den Ausgaben erklären. Beispielweise Mittagessen an Horten ist im Monat Mai mit 0 Euro ausgewiesen?

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, informierte, für den genannten Monat erfolgte keine Abrechnung des Anbieters, ansonsten sind einige Angebote saisonal zu betrachten, beispielsweise der persönliche Schulbedarf wird überwiegend zu Beginn des Schuljahres und zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres gewährt, damit sind besonders in diesen Monaten Aufwüchse zu verzeichnen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Bewilligungszeiträumen und Warteschleifen bei Anträgen.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter antwortete, dass es keine Rückstände mehr gibt. Es gehen ständig verschiedene Anträge ein und es werden diese auch zeitnah abgearbeitet. Im Schulbedarf gibt es einen enormen Anstieg, der sehr zeitnah bearbeitet werden muss. Bei fehlenden Nachweisen verzögert sich die Bewilligung jedoch. Die Bearbeitungszeit kann ca. drei bis vier Wochen dauern, aber auch sofort geschehen.

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, ergänzte, dass Anträge auch saisonal zu betrachten seien, sie sind nicht das ganze Schuljahr gleichmäßig verteilt. Der Gesetzgeber gibt eine maximale Bewilligung der Leistungen von sechs Monaten, in Einzelfällen von 12 Monaten vor.

Herr Dr. Yousif, Fraktion DIE LINKE, fragte zu dem Vorkommnis im Jobcenter, ob der Täter krank sei und ob Kosten angefallen seien. Frau Grummisch, Bereichsleiter Jobcenter, antwortete, dass über den Täter nichts bekannt sei. Ein Schaden sei nur dahingehend entstanden, dass die Mitarbeiter sofort informiert wurden, das Haus zu verlassen. Gegen 12.00 Uhr wurde die Arbeit beendet.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sprach an, dass es eine zunehmend gestiegene Aggressivität gibt. Wenn lange Leistungen bezogen werden und sich an der Lebenssituation nichts ändert, kann sich das Verhalten der Menschen verändern. Außerdem sprach er an, dass die Anträge bei Bildung und Teilhabe manchmal so kompliziert seien, dass nicht alle Anspruchsberechtigten einen Antrag stellen. Bei Klassenfahrten und Mittagessen sei das Antragsverfahren zufriedenstellend.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankt den Vertretern des Jobcenters und Frau Simon für die Informationen.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland

Vorlage: V/2012/11010

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßt zu diesem TOP **Herrn Golnik, Ressortleiter Stadtentwicklung und Freiraumplanung**, und erteilt ihm das Wort.

Herr Golnik, Ressortleiter Stadtentwicklung und Freiraumplanung, erläutert kurz die Vorlage. Es geht um die Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland und die Mitgliedschaft der Stadt Halle. Die Satzung ist durch die Stadt Halle auch beeinflusst worden. Die Vorlage wird zeitgleich, innerhalb von drei Monaten, in allen elf Städten vorgestellt.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, hatte eine Anfrage gestellt zum Nutzen und zur Auflösung von Mitgliedschaften. Es wird in ihrer Fraktion unterschiedliche Meinungen dazu geben, sie möchte hier eher ablehnen. Außerdem sei ihr die Zuständigkeit im SGGa nicht ganz klar.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, findet die Zusammenarbeit mit anderen Städten gut, fragte aber nach, ob zur Familienfreundlichkeit unbedingt eine Verein benötigt wird. Wo sei hier der Mehrwert.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, kritisierte die späte Zustellung der Vorlage und fragte, ob es außer der Familienfreundlichkeit auch noch andere Ziele gibt.

Herr Golnik, Ressortleiter Stadtentwicklung und Freiraumplanung, antwortete, dass er die Familienfreundlichkeit besonders in diesem Ausschuss herausstellen wollte, alle anderen Punkte haben nicht so den Bezug zum SGGA.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, wie viel die anderen Städte bezahlen. **Herr Golnik, Ressortleiter Stadtentwicklung und Freiraumplanung** informierte, dass jede Stadt 10.000 Euro plus 10 Cent je Einwohner zahlt. Er legt zur Vereinsgründung Broschüren bereit.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, warum sich Leipzig nicht mehr an den Kosten beteiligt. **Herr Golnik, Ressortleiter Stadtentwicklung und Freiraumplanung** informierte über eine bisher rotierende Geschäftsstelle, nun sei die Geschäftsstelle direkt in Leipzig.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat die sachkundigen Einwohner um Abgabe eines Votum zur Abstimmung nach § 21, Absatz 1, letzter Satz der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse, nach dem in den beratenden Ausschüssen vor jeder Beschlussfassung den sachkundigen Einwohnern die Möglichkeit eingeräumt werden soll, eine abschließende Stimmempfehlung zu äußern.

Zum Verfahren sprach sich **Herr Müller, CDU-Fraktion**, dagegen aus. Er bat dies zu Protokoll zu nehmen. **Herr Bonan, SPD-Fraktion**, informierte, dass dies so auch im Kulturausschuss gehandhabt wurde.

Abstimmungsergebnis SKE:

- 1 Ja-Stimme
- 1 Nein-Stimme
- 1 Enthaltung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat die Stadträte um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich zugestimmt
- 4 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimme
- 4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Entwürfe der Satzung und der Beitragsordnung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.

Der Gründung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ mit Sitz in Leipzig wird zugestimmt und der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die Gründung mit den anderen Mitgliedsstädten der Metropolregion vorzunehmen.

Der ordentlichen Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Verein „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ wird zugestimmt.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
zu 7.1 **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe**
 Vorlage: V/2012/10856

Herr Müller, CDU-Fraktion, möchte erneut zur Kenntnis geben, dass es hier nicht um eine bestimmte Institution geht, sondern um eine kostengünstige Zusammenführung von Sport- und Kultureinrichtungen im Raum Silberhöhe. Dies kann auch für andere Sozialräume gemacht werden. Hier sollen Angebote zusammengefasst werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, hatte gestern in der Planungsgruppe zum Antrag nachgefragt. Dort wurde deutlich gesagt, dass es eine stabile Bedarfslage gibt. Förderbedarfe sind weiter sehr hoch. Es gab keine Erhöhung an Mitteln für den Sozialraum. Sie sprach sich gegen den Antrag aus, dies ist der falsche Ansatz.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sagte, dass der Antrag in die richtige Richtung zielt, eine Verlässlichkeit und Sicherheit zu geben. Es sollten Angebote gebündelt werden.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, sagte, der erste Punkt sei unschädlich. Der geänderte Antrag sollte noch mal in den Jugendhilfeausschuss. Diese Dinge sind im Jugendbereich ständig erfolgt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, merkte an, dass zum Sozialraum Silberhöhe auch noch andere Gebiete, z. B. Ammendorf gehören.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sagte, dass dies nur die Schöpfkelle betrifft und das muss jedoch abgelehnt werden.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sagte, es gehe darum, effizientere Strukturen zu schaffen. In einer Einrichtung sind zu wenige Personen zur besten Zeit angetroffen worden. Hier stimmt die überdurchschnittliche Förderung nicht.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, stimmte zu, dass zum Sozialraum Silberhöhe auch noch andere Teile der Stadt gehören. Es geht um effizientere Strukturen. Auslastungsdefizite müssen finanziert werden. Die finanzielle Lage der Stadt lässt dies nicht zu.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sagte dass die Fraktion etwas Gutes will, auch wenn es nicht so ankam. Die ablehnende Haltung sei unverständlich. Es ist eine gute Idee.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat die sachkundigen Einwohner um Abgabe eines Votums zur Abstimmung nach § 21 GO.

Abstimmungsergebnis: **3 Ja-Stimmen**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat die Stadträte um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
 4 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird **mit der Fortschreibung der für den Sozialraum Silberhöhe bestehenden Konzepte (Bereich Jugend und Soziales)** beauftragt. ~~ein Konzept mit dem Ziel ist die Schaffung~~ **effizienterer Strukturen in den genannten Bereichen. In diese Fortschreibung sind die Akteure vor Ort in geeigneter Weise einzubeziehen.**
2. **Diese Fortschreibung** wird von der Stadtverwaltung bis ~~zur Oktober-Sitzung 2012~~ **zum Februar 2013** dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 9 Mitteilungen

**zu 9.1 Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2009
Vorlage: V/2012/10924**

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte zu den Verwaltungsberichten, dass hier die Schwächen und Stärken der letzten zwei Jahre aufgezeichnet wurden. Er bat die Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

**zu 9.2 Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010
Vorlage: V/2012/10925**

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um weitere Mitteilungen und informierte selbst, dass die Sitzungstermine 2013 vorliegen und zwei Termine (27.6.13 und 28.11.13) als Reservetermine gelten, da im Folgemonat keine Sitzung vor Hauptausschuss und Stadtrat möglich wäre.

Anschließend verwies sie auf den ausgeteilten Bericht des Robert-Koch-Institutes und erteilte dazu **Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen,** das Wort.

Frau Dr. Gröger, Amtsleiterin Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, informierte über die Erkrankungshäufigkeit und erläuterte den Bericht.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, wies auf die ausgelegte Information zum Stand der Auszahlung der Fördermittel 2012 hin. Bis Ende 2012 werden 98 % der Pflichtleistungen und ca. 50 % der freiwilligen Leistungen gezahlt sein.

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, informierte über ein neues ESF-Projekt in Vernetzung der Rechtskreise SGB II und SGB VIII, an dem sich Stadtverwaltung und Jobcenter beteiligen. Zielgruppe sind Bedarfsgemeinschaften, in denen beide Partner arbeitslos sind und nicht älter als 30 Jahre sind oder alleinerziehend, arbeitslos und nicht älter als 30 Jahre sind oder Jugendliche 15 bis 25 Jahre alt und Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft sind.
Zur Umsetzung des Projektes kommen Familienintegrationscoaches zum Einsatz.

Ein Coach betreut 30 Familien pro Förderjahr. Insgesamt werden ca. 255 Bedarfsgemeinschaften im gesamten Projektzeitraum betreut. Zielrichtung ist die Unterstützung beim Abbau von Vermittlungshemmnissen und die Integration auf den 1. Arbeitsmarkt, teilweise auch Tätigkeiten in gemeinwohlorientierten Bereichen, wobei die erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten Vorrang haben. Durch die Familienintegrationscoaches findet eine sehr intensive Betreuung der Familien statt, er hat auch die Aufgabe Akquise

hinsichtlich von zusätzlichen Arbeitsplätzen bei Unternehmen der Stadt Halle zu betreiben und damit eine passgenaue Vermittlung umzusetzen.

Über die Entwicklung des Projektes wird im Ausschuss zukünftig berichtet werden.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, hatte folgende Anfragen:

„Ist es richtig, dass in der Mansfelder Str. 52 eine "Sozial-Möbelbörse" existiert?

1. Von wem wird die Möbelbörse betrieben?
2. Was umfasst das Angebot (der Bestand)?
3. Was gehört für Leistungsbezieher zur Erstaussstattung?
4. Wie wird die Möbelbörse angenommen?“

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, informierte wie folgt:

Zu 1) Von wem wird die Möbelbörse betrieben?

Die Möbelbörse in der Mansfelder Str. wird durch den Träger Berufliches Bildungswerk E.V. vorgehalten. Die Möbelbörse wird im Rahmen einer AGH seitens des JC der Stadt Halle gefördert.

Zu 2) Was umfasst das Angebot?

Das Angebot umfasst Mobiliar wie Schränke, Betten, Polstermöbel, Tische, Stühle etc. Haushaltsartikel wie Geschirr und Töpfe, Lampen. Des Weiteren werden vorgehalten gebrauchsfähige Fahrräder und Sportartikel - keine Elektrogeräte aufgrund der Garantieplichten.

Zu 3) Was gehört zur Erstaussstattung?

Bei der Erstaussstattung wird unterschieden nach – Erstaussstattung von Wohnraum, Erstaussstattung bei Geburt eines Kindes

Eine Erstaussstattung von Wohnraum für Leistungsbezieher nach dem SGB II und XII umfasst einen Grundbestand an Mobiliar (Bett/Schlafcouch, Kühlschrank, Waschmaschine, Kochplatten oder Herd mit Anschluss, Kleiderschrank, nach Haushaltsgröße ggf. mehrere Schränke, Wohnzimmerschrank, Sitzmöbel, Tisch, ggf. Couchgarnitur, Tisch, Möbel für die Küche wie Hängeschrank, Unterschrank, Besen- und Turmschrank, Garderobe), eine gewisse Ausstattung an Haushaltsartikeln (Teller, Tassen, Besteck, Töpfe, Besen, Eimer, Lampen).

Eine Erstaussstattung bei Geburt eines Kindes umfasst einen Kinderwagen, Kinderbett incl. Matratze, Decke, Kissen.

Zu 4) Wie wird die Möbelbörse angenommen?

Das Angebot deckt nicht den Bedarf, die genannte Möbelbörse stellt kostenfreie Angebote zur Verfügung.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte folgende Fragen:

1. Schon im Juni hatte sie nach dem Konzept der Begegnungsstätte für Ausländer und Deutsche gefragt, für die Einsichtnahme in das Konzept wäre ein Antrag auf Akteneinsicht notwendig. Dies sei unverständlich. Wäre es deshalb nicht sinnvoller, Vertreter der Begegnungsstätte einzuladen und ihnen die Möglichkeit der Vorstellung des Konzeptes zu geben?
2. Gehen bei dem ESF-Programm die Helfer in die Familien rein.
3. Was machen die Frauen und Männer in den blauen Anzügen von EfA?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte zur ersten Frage, dass eine Konzeption eines Trägers nicht öffentlich vorgelegt werden darf. Die Frage nach den blauen Anzügen nimmt er an den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) mit. Herr van Rissenbeck, Leiter EfA, kann auch gebeten werden, das ESF-Projekt hier vorzustellen.

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, informierte, dass der Familienintegrationscoach ein erweitertes Spektrum abzustecken hat. Er geht auch in die Familien. Weiterhin geht es um Vernetzung Schule und Kita. Der Coach prüft und organisiert vor allem auch die Integration eines Elternteils auf dem 1. Arbeitsmarkt. Der Projektzeitraum läuft bis zum 31.8.2014. Fachlich werden die Coaches zum Jugendamt gehören, der Arbeitsort ist beim EfA.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, war im Jobcenter, es gab eine erstklassige Beratung. Er fragte nach einer Maßnahme „Schachspiel“ im Jobcenter. Muss ein Kunde diese Maßnahme annehmen?

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, ist „Schachspiel“ nicht bekannt, sie nimmt die Frage mit an das Jobcenter.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, informierte außerdem über einen Aushang im Jobcenter zu einem Arbeitsangebot mit sittenwidrigem Lohn.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, nimmt die Anfrage auf, mit der Bitte im nächsten Ausschuss seitens des Jobcenters dazu zu berichten.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Auszahlung der Fördergelder, Information liegt heute vor, wie wird es mit der Auszahlung weiter gehen?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass so viel wie möglich ausgezahlt würde, jedoch kann nicht alles gezahlt werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, informierte zur Erstausrüstung, dass es am Hansering gute Sofas gebe, diese können dort kostenlos abgeholt werden. **Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II,** nimmt diese Information gern auf.

zu 11 Anregungen

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, regte an, dass sich die Begegnungsstätte für Ausländer und Deutsche im Ausschuss vorstellen sollte. Ebenfalls regte sie an, dass eine Sozialplanung, ähnlich wie auch die Jugendhilfeplanung anzustreben sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte, dass es eine Sozialplanung bereits gibt und nennt als Beispiel die Altenhilfeplanung. Die Gruppen sind hier nicht so definierbar wie im Jugendhilfebereich. Ein Sozialatlas könnte jedoch erstellt werden. Er verwies auf die vorläufige Haushaltsführung und die Sperrungen, die das Landesverwaltungsamt ausgesprochen hat.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat diese Anregungen in den Themenspeicher mit aufzunehmen.

Sie informierte anschließend auf den im November vorzulegenden Haushalt 2013, der wahrscheinlich eine Sondersitzung im Dezember zur Folge hätte.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.02.13

Tobias Kogge
Beigeordneter

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Martina Kerner
Protokollführerin